
Warum die „straffe Politik“ nicht hält, was sie verspricht¹

Josef Steindl

Die große Tendenzwende in der Wirtschaftspolitik, die sich schon 1974/75 klar abzeichnete, hat mit Thatcher und Reagan in UK und USA ihren Höhepunkt gefunden. Die vorangegangenen Regierungen haben in beiden Fällen die Politik der heutigen weitgehend vorbereitet und eingeleitet. Man kann schon nach kurzer Dauer dieser Experimente sagen, daß sie nicht ganz nach den Vorstellungen ihrer Veranstalter ablaufen. Das ist bemerkenswert, weil diese Regierungen vom Vertrauen der Geschäftswelt und breiter Schichten des Mittelstands getragen waren, insbesondere in Amerika, wo die Rüstung als Kernstück der Politik überdies eine materielle Grundlage für das Vertrauen der Industrie bilden mußte. Wie konnte man trotz so günstiger Ausgangslage nach kurzer Zeit in unleugbare Schwierigkeiten geraten? Ohne eine tiefere gesellschaftliche Analyse soll hier nur das ökonomische Dilemma angedeutet werden.

Die Ungeheuer, gegen die diese Regime zu Felde ziehen wollten, sind vor allem Inflation und Budgetdefizit. Als Hauptwaffe wurde in beiden Ländern straffe Geld- und Budgetpolitik eingesetzt. In den USA ist die Sachlage allerdings insofern etwas komplizierter als neben den Monetaristen auch die Lafferiten² im Kampf stehen, und zwar nicht nur gegen die Ungeheuer, sondern zum Teil auch untereinander. Prima facie scheint es, daß die Steuerermäßigungen à la Laffer dem Budgetausgleich bei Erhöhung der Rüstung widersprechen. Es könnte nicht schwerfallen, jeden Mißerfolg der Reaganschen Politik als Folge des Widerspruchs zwischen seinen verschiedenen Beratern zu erklären. Hier soll jedoch die mehr grundsätzliche Frage erörtert werden, wie weit die straffe Geld- und Fiskalpolitik ein wirksames Instrument im Kampf gegen die beiden Ungeheuer sein kann.